

Volkswirts Dr. Thomas Lulek: „Die Hauptprobleme der Handelspolitik in Polen“. Nach Lulek wird Rußland auch in Zukunft das wichtigste Absatzgebiet für Polen bleiben. Polen muß sich den Export seiner Industrieerzeugnisse sichern, während Rußland an dem Abzug seiner landwirtschaftlichen Produkte Interesse hat. Der polnisch-russische Handelsvertrag sollte also besonders Zollermäßigungen für die polnische Industrie vorsehen, als Gegenleistung für analoge Zollermäßigungen, die den russischen Bodenprodukten zubilligen sind. So würde zwischen Polen und Rußland beinahe eine Zollunion zustande kommen. Dr. Lulek schlägt ein Drei-Tarif-System vor. Die günstigsten Bedingungen würden Polen und Rußland einander gegenseitig zugestehen. Die zweitgünstigsten jenen Staaten, mit denen eines dieser Länder Handelsverträge auf Grund einer allgemeinen Bevorzugungsklausel abschließen würde. Mit den mindertgünstigen Tarifen müßten sich solche Länder begnügen, welche mit Polen und Rußland in keinem Vertragsverhältnis stehen würden.

Polnische Polizeipraxis.

Die sozialdemokratische Bromberger „Volkszeitung“ berichtet in ihrer Nummer vom 21. v. M., die sofort nach Erscheinen von der Polizei beschlagnahmt wurde, über geradezu grauenhafte Mißhandlungen der mehrfachen Polizeigesangen in der Bromberger („Bogdziejcz“) Grünstraße, die verübt werden, um die Verhafteten, ob schuldig oder nicht, zu Gehändnissen zu zwingen, damit die Polizei Erfolge aufzuweisen hat. Kirchstäde, Bollgummimäntel, Postkornade, gemeinsame Einspernung ehrlicher Frauen mit Dirnen, Mangel jeglicher Hygiene — das sind so die Methoden; in den von der „Volkszeit.“ berichteten Fällen richteten sie sich gar noch gegen Polen, die an der Befreiung Polens teilgenommen, gegen den deutschen Grenzschutz, wie gegen die sowjetrussische Armee gekämpft und am obereschlesischen Aufstand teilgenommen hatten.

Das Schöffengericht in Posen verhandelte gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Posener Tageblatts“ Dr. Löwenthal wegen des Abdrucks eines Artikels aus der Krakauer Wochenschrift „Tribuna“, in dem die geplanten Ausnahmegesetze des Ministers Downarowicz in scharfen Ausdrücken geißelt wurden und der genannte Minister mit dem ehemaligen, wegen seiner großen Grausamkeit bekannten Minister Stoloppin verglichen wurde. Obwohl es sich lediglich um einen Abdruck handelte und die „Tribuna“ wegen desselben Artikels nicht zur Verantwortung gezogen worden ist, fand man den Angeklagten trotz der in Posen herrschenden Pressefreiheit für schuldig. Das Gericht sah in dem Abdruck des Artikels die Beädigung einer dem polnischen Staat feindlichen Gesinnung und erkannte auf die höchste zulässige Geldstrafe von 100000 Mark.

Sozialdemokratischer Parteiausschuß.

Der Parteivorstand hat den Parteiausschuß zum 8. März zu einer Sitzung einberufen, der sich am 9. eine gemeinsame Aussprache mit den Vertretern der Parteipresse anschließen soll. Als Tagesordnung ist vorgesehen: 1. Politische Situation. 2. Internationale. 3. Organisationsfragen (Mairfeier).

Breitscheid und Radek.

Die auch in den Verhandlungen des Preussischen Landtags erwähnte Unterredung Breitscheids mit R. Radek wird jetzt von dem ersteren in der „Freiheit“ ausführlicher dargestellt. Breitscheid schreibt: In der „Leipziger Volkszeitung“ befinden sich einige Mitteilungen über ein Gespräch, das ich am 13. Februar im Haus des Chefs der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes mit Radek über die innerpolitische Krise in Deutschland gehabt habe. Ich habe von dieser Unterredung bisher nur einige Parteilagenoffen, die übrigens zum Teil vorher durch einen Zeugen des Gespräches unterrichtet worden waren, in Kenntnis gesetzt. Nachdem die Angelegenheit aber in die Presse gekommen ist, halte ich mich für verpflichtet, auch in der Öffentlichkeit eine genauere Darstellung zu geben.

Sondervorstellung der Volksbühne.

„Das letzte Gericht“ von Julius Maria Becker.

Was diese jungen Dichter des Schwulstes zum Preise der Menschenverehrung, der christlichen Friedensboischaft und der mystischen Selbstaufopferung vordringen, ist gedanklich schwach, aber nur ein Widerhall von tausendmal gefagten Lehren. Es ist im Formalen nicht minder flach und entleert von Whitman, Romain Rolland und den Kameraden Jeanne Martinet oder Leonhard Frank. Dazu ging diesen Dichtern jede sinnliche Sattigkeit verloren. Der Dichter muß all sein Blut, all seine ins Bewußte überlegte Körperlichkeit einsehen, um das Leben gestalten zu bewältigen. Was aber tut auch Becker, wie alle anderen dieser Schule? Er begnügt sich mit dem moralischen Willen, er kennt kaum die süße und zugleich niedererschütternde Arbeit des Dichters am Worte. Er drückt sich flach, gewöhnlich und wackelklappig aus.

Entschuldigend wird Becker nicht mit dem Hinweis darauf, daß sein Stück durch den Zeitgeist überholt sei. Dichtung, die sich so schnell abnutzt, kann begreifen bleiben. Dabei ist die psychologische Einstellung Beckers zu dem sittlichen und sozialen Problem in allem Gedanklichen recht unerheblich. Wie quersicht sich der Mensch zum wahren Wert seiner Verantwortlichkeit empor, wenn er der Gewalt irgendeines einzelnen Tyrannen nicht weichen, aber auch freibleiben will von der Besetzung durch die Böbelmasse. Zunächst beantwortet Becker die Frage, indem er sie zweifelsig bespiegelt. Die russischen Zwillingbrüder, die auf der Bühne erscheinen, sind eigentlich nur Widerspiele des gleichen Wesens, das bald durch die allgütige Freude verführt und bald durch die unterwürfigste Askese und christlichste Liebe gelockt wird. Ueber diesen Zwiespalt ist ein großes Jähren während des ganzen Stückes. Wenn schließlich der gläubige Menschenfreund alle Befallen seines Glaubens über die Jenseitsbrücke ins Himmelreich hinaufführt, so geschieht noch krausamer Streit gegen die Tollheit des Krieges, er will Revolution. Aber kaum ist der Aufstand da, als der Empörer vor den gewalttätigen Trieben der Masse zurückweicht; bei Toller ist es ebenso, aber Becker hatte diesen kleinen Gedanken unabhängig von „Rasse Mensch“. Der Revolutionär beschließt, alle Morierung, die menschenmöglich ist, auf sich zu nehmen. Ins Gefängnis wird er gesperrt, da er sich des Raubmordes schuldig bekannte, den er gar nicht verübt. Aus dem Kerker befreit ihn der Bruder, der in dem Stücke die Spiegelung des erdenweltschen Menschen bedeutet. In einem eingebildeten Rußland spielt übrigens alles, und der Betreuer trägt das Kleid des Popen; das ist ein reizvoller Einfall. Zu allen ist der Menschenerscher milder, nur die eigene Gattin quält er noch gründlich, indem er sie zu einer Trägerin seiner Opfermoral machen möchte. Kurz: Das Drama der Dichtung ist trumm, die vierzehn Verwandlungen sind eine besartier Verstrüppelung des Dramas.

Die Regie, die Paul Bildt nach den Gedanken des Mannheimer Intendanten Doher im „Neuen Volkstheater“ verwirklicht hat, gut. Das Bildliche des Theatermalers Frey half

Bald nachdem Radek und ich uns begrüßt hatten, kamen wir in eine Unterhaltung über die Regierungskrise. Radek fragte, ob wir es für zweckmäßig hielten, in diesem Augenblick aus prinzipiellen Gründen Wirth zu stürzen. Auf meine Entgegnung, daß ich persönlich Bedenken trage, obwohl die Fassung des Vertrauensvotums es der Fraktion schwer mache, anders als mit Rein zu stimmen, meinte er, man dürste einen solchen Schritt nur tun, wenn man zu der Hoffnung berechtigt sei, damit seinen eigenen Zielen näherzukommen. Es sei ihm sehr zweifelhaft, ob das der Fall sein würde, da sich im gegenwärtigen Moment eine Arbeiterregierung kaum denken lasse. Die Möglichkeit einer Arbeiterregierung sei sehr nahe gerückt, und das bedeute auch außenpolitisch eine große Gefahr.

Ich stimmte dem zu und legte Radek nahe, er möge seine Ansicht doch seinen kommunistischen Parteifreunden übermitteln. Er erklärte, er könne deshalb keinen Einfluß auf die Kommunisten ausüben, weil er in amtlicher Eigenschaft in Berlin sei und nicht den Eindruck erwecken wolle, als ob er aus irgendwelchen russischen Interessen heraus irgendwie für die Erhaltung des Kabinetts Wirth eintrete. Wäre er Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, so würde er dafür stimmen, daß bei der entscheidenden Abstimmung die Fraktion nur einen Hochposten im Saale lasse und im übrigen nicht an der Abstimmung teilnehme.

Da ich wußte, daß Radek mit der Unabhängigen Zentralleitung wegen internationaler Angelegenheiten Besprechungen hatte, fragte ich ihn, ob er nicht auch den Genossen Ledebour und Rosenfeld seine Meinung über die Regierungskrise gesagt habe oder sagen wolle. Seine Antwort war, daß er mit Ledebour gesprochen habe, sich des weiteren aber aus den angegebenen Gründen nicht zu engagieren beabsichtige.

Wir kamen im weiteren Verlauf des Abends noch einmal auf den Gegenstand zurück, und Radek sagte mir: „Ich reise am Donnerstag ab, und ich hoffe, daß bis dahin nicht „aus prinzipiellen Gründen“ das Kabinetts Wirth gestürzt ist.“

Soweit ich unterrichtet bin, hat Radek ähnliche Ausführungen gegenüber einem seiner Parteifreunde gemacht.

Diese Mitteilungen sind wert, der Öffentlichkeit erhalten zu werden. Die Kommunisten und die Mehrheit der Unabhängigen suchten unter großem Geopolter die Regierung zu stürzen und damit den Scharfmachern von Rechts in die Hände zu arbeiten. Radek, auf dessen Rat die Kommunisten sonst prompt einschwenkten, hat ihnen seine Meinung sagen lassen. Aber sie sind trotzdem dabei geblieben, den Stier im Porzellanladen zu spielen.

Die Rechtspresse sucht aus den Mitteilungen Breitscheids jetzt den Unabhängigen und der Regierung einen Strich zu drehen, indem sie es so darstellt, als ob das Kabinetts Wirth nur mit Radeks Hilfe gerettet sei, dessen Bemerkung sie als ein unzulässiges Eingreifen in deutsche Verhältnisse behandelt. Der Scherz ist so abgeschmackt, daß man nicht weiter darüber zu reden braucht.

Kleinrentnerfürsorge in Preußen.

Wie wir bereits meldeten, hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt im Einvernehmen mit dem Finanzminister aus den im Nachtrag zum außerordentlichen Haushalt des Reiches 1921 bewilligten Zuschüssen in Höhe von 100 Millionen Mark, die Länder und Gemeinden nothleidenden Kleinrentnern gewähren sollen, 61,8 Millionen Mark für Preußen zur Verfügung gestellt. Zur Durchführung von Fürsorgemaßnahmen in dem erwähnten Sinne entfallen, wie die „Dena“ von zuständiger Seite erfährt, auf die einzelnen Provinzen bzw. Verwaltungsbezirke folgende Beträge: Ostpreußen 3 200 000 M.; Brandenburg 3 500 000 M.; Berlin 7 400 000 M.; Pommern 2 300 000 M.; Nieder- und Oberschlesien 8 300 000 M.; Sachsen 5 000 000 M.; Schleswig-Holstein 2 400 000 M.; Hannover 4 500 000 M.; Westfalen 8 000 000 M.; Hessen-Nassau 3 700 000 M.; Rheinprovinz 12 600 000 M.; Grenzmark 800 000 M.; Hohenzollern 100 000 M.

Dem betreffenden Erlaß des Volkswohlfahrtsministers vom 21. Januar 1922 sind Richtlinien für die Verwendung der Reichszuschüsse in der vom Reichsrat angenommenen Fassung beigegeben worden. Diese Richtlinien besagen unter III: Als Kleinrentner gelten bedürftige im Inlande wohnende Deutsche, die selbst oder deren Ehegatten durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, sich vor dem 1. Januar 1920 für das Alter oder die Erwerbsunfähigkeit ein Vermögen (auch Rente) mit einem Jahreseinkommen von wenigstens 600 M. sicher gestellt haben und jetzt wegen Alters oder Erwerbsunmöglichkeit im

wesentlichen auf dieses Jahreseinkommen angewiesen sind. Ihnen können bedürftige Personen gleichgestellt werden, die wegen geistiger oder körperlicher Gebrechen keine Arbeit finden konnten, denen aber aus Vorzüge ihrer Angehörigen ein entsprechendes Einkommen gesichert ist. Arbeit im Sinne dieser Bestimmungen ist auch eine Tätigkeit in häuslicher Gemeinschaft, die üblicherweise ohne Entgelt erfolgt, aber im Falle der Einstellung fremder Kräfte vergütet werden müßte. Ihr steht eine wissenschaftliche oder ehrenamtliche Tätigkeit im Dienste der Allgemeinheit gleich, wenn sie Jahre hindurch die Arbeitskraft wesentlich in Anspruch genommen hat.

Aus den zur Verfügung gestellten Mitteln dürfen Kleinrentner nur im Falle der Bedürftigkeit und nur nach Prüfung im einzelnen Falle unterstützt werden. Erläuternd fügt das Volkswohlfahrtsministerium hinzu, daß bei Prüfung der Bedürftigkeitsfrage der Gesundheitszustand, das Alter, die Erwerbsmöglichkeit und die Zahl der zu unterhaltenden Familienangehörigen zu berücksichtigen ist. Armenrechtliche Hilfsbedürftigkeit ist selbstverständlich nicht Voraussetzung. Der Reichshaushalt für 1922 wird, soweit es sich zurzeit übersehen läßt, einen Reichszuschuß in Höhe von 200 Millionen Mark zur Unterstützung nothleidender Kleinrentner bereitstellen. Inwieweit Hilfsmassnahmen für Kleinrentner im Saargebiet durchgeführt werden können, bleibt Verhandlungen mit der Saarregierung vorbehalten.

Deutsch-französische Kriegsschuldpolemik.

Paris, 20. Februar. (W.F.B.) In einem Briefe an den „Temps“ antwortet Prof. Kulard von der Sorbonne auf die Aufforderung Hans Delbrücks zu einer öffentlichen Debatte über die Kriegsschuldfragen unter dem Vorsitz eines Neutralen. Die Debatte könne nicht in einer öffentlichen Aussprache erfolgen, sondern nur in der Presse. Prof. Delbrück möge seine Absichten darlegen, und er, Kulard, würde alsdann entscheiden, ob er darauf antworten wolle. Vorher aber stellt Kulard zwei Fragen, auf die er von Prof. Delbrück im voraus Antwort erwartet: 1. Als Deutschland den Krieg erklärt habe, habe es als Ursache des Bombardement deutscher Gebiete durch französische Flugzeuge angeführt. Das sei eine Lüge gewesen. Wenn die deutsche Regierung das Gefühl gehabt hätte, daß Frankreich zum Kriege dränge, hätte sie eine wirkliche Handlung der französischen Politik angeführt; die deutsche Regierung habe nur eine Lüge gefunden. Was denke Prof. Delbrück darüber? 2. Was denke er ferner darüber, daß die Neutralität Frankreichs im Kriege dadurch sichergestellt werden sollen, daß die Festungen Verdun und Toul Deutschland ausgeliefert würden? Dadurch habe Frankreich auf alle Fälle gezwungen werden sollen, den Krieg zu erklären.

Paris hofft auf Lenin.

Paris, 20. Februar. (W.F.B.) Nach einer Radiomeldung aus Rostau, die der „Reit Parisien“ wiedergibt, seien mit geringer Ausnahme die führenden Sowjetkreise versöhnlich gestimmt. Die Frage der Wiederaufnahme der Beziehungen zu Europa im allgemeinen und zu Frankreich im besonderen stelle sich wie folgt: Lenin sei offener Anhänger einer Politik weitestgehenden Entgegenkommens, einer Politik der Abkommen, ja selbst einer Politik der Evolution im Innern, damit Rußland im Konzert der Großmächte wieder seine führende Stellung einnehmen könne. Der Einfluß Lenins sei vorherrschend, das sei ein gutes Vorzeichen, da Lenin unzweifelhaft einen weiteren Blick habe als alle anderen bolschewistischen Führer. Mit Bezug auf Frankreich sei Lenin der erste gewesen, der die Frage der Annäherung aufgerollt habe. Lenin sei kein großer Bewunderer Frankreichs, er ziehe die deutsche Kultur vor. Aber schon 1920 und 1921 habe er mit Tschitscherin Besprechungen gehabt, in deren Verlauf er die Bedeutung einer Verständigung mit Frankreich hervorgehoben habe. Seit dieser Zeit habe sich die Lage wesentlich geändert. Es fehle augenblicklich wenig, daß die offiziellen Sowjetblätter die Notwendigkeit betonten, die französisch-russische Allianz selbst um den Preis weitestgehender Konzessionen wieder aufzunehmen. Der Schlüssel für die Wiedervergebung Rußlands bestehe in Paris und nicht in London, Rom oder Berlin. Davon lege man sich im Kreml immer mehr Rechenschaft ab.

sehr schön mit. Bildt selber, Herr Thag und Fräulein Schmiedler mit lobenswerter Innigkeit. Herr Ihle fiel als Phrasendrescher auf dem Volkserdnepult durch eine bizarre Grottheit auf. Er sollte dieses Talent pflegen und sich nicht zum Viehhaber nötigen lassen. Max Hochdorf.

Das Problem der künstlichen Ernährung. In der Mikalieder-Vorlesung der Vereinigung Deutscher Schweinezüchter, die in Berlin tagte, hielt Prof. Dr. Abderhalden (Halle) einen Vortrag über das Thema „Bisher unbekannte Nahrungstoffe und deren Bedeutung für die Ernährung“.

Das Problem der Ernährung — führte er aus — hat von jeher besonderes Interesse gehabt. Die Wissenschaft untersuchte, wie der Organismus die Nahrungstoffe abbaut, welche Nahrungstoffe und welche Mengen davon er verbraucht. Es ist bekanntlich ein Traum der Menschheit, die Nahrungstoffe wie Eisen, Stärke und Fett künstlich in der Fabrik aufzubauen. Von der Erfüllung dieses Traumes sind wir aber, trotzdem es gelungen ist, die Nahrungstoffe in ihre Bausteine zu zerlegen, noch weit entfernt. Wir wissen jetzt, daß alle diese Bausteine einen spezifischen Charakter haben, und daß man nicht einfach solche verwenden kann, die nicht in unseren Organismus passen, sondern andere Funktionen haben.

Der Vortragende erwähnte, daß es ihm kürzlich gelungen sei, eine Ratte mit synthetisch gemessener Nahrung zu ernähren. Dieser Versuch dürfte aber wohl zugleich der letzte sein, denn eine „nizige“ Wahrscheinlichkeit für die Ratte kostete 10 000 M., eine einzige Wahrscheinlichkeit für einen Menschen würde sich auf eine Million stellen. Man sieht also, daß die Nahrungsmittelfabrik mit ihren Wägen eine Utopie ist, denn selbst von diesen Wägen, die übrigens gar keinen Geschmack besitzen, müßten täglich 7 Gramm geschluckt werden.

Redner führte dann im Lichtbild eigene Versuche vor, die hauptsächlich an Tauben mit einseitiger Ernährung gemacht wurden und zeigte, wie die dadurch verursachten Krankheitserscheinungen durch Einprägung von Heferextrakt rückgängig gemacht wurden. Daraus ergibt sich, daß in unserer Nahrung bisher unbekannte Stoffe enthalten sind, die wir nicht kennen und die schon in geringer Menge einen äußerst wirksamen Anreiz auf das Wachstum der Zellen und die Entwicklung der Organismen ausüben. Diese Stoffe stammen zweifellos aus der Pflanzenwelt. Wenn man Erdboden sterilisiert und dann mit Natriumazetat auszieht, dann verkrümmern auf solchem Boden auch die Pflanzen, und es erscheint deshalb doch fraglich, ob die künstliche Düngung unter allen Umständen das richtige ist.

Die Verfassungskämpfe in der Studentenschaft der Universität Berlin. Dazu wird uns mitgeteilt, daß die auch vom Rektor vorgeschlagenen Einigungsverhandlungen, zu denen die von der jetzigen Studentenvertretung absonderlichen Gruppen eingeladen hatten, von den Hochschulfraktionen abgelehnt worden sind. Das geschah mit der Begründung, daß diese Gruppen sich auf irgendeine Diskussion der Beschränkung des Aufgabengebietes nicht einlassen wollten. Durch diese Weigerung ist eine ruhige Klärung unmöglich gemacht worden. Es ist selbstverständlich, daß die zur Einigung bereiten Gruppen die Verantwortung für die sicher nicht leicht zu nehmenden Folgen des sabotierenden Verhaltens der Hochschulfraktionen abgeben.

Eine Film-Kammerpielwoche. In der Filmpresse wird nach wie vor die Frage aufgerollt: Gibt es eine Film-Kammerkunst? Eine Lichtbildkunst, die sich über das Theaterliche erhebt und den Vorwurf künstlerisch zu verdrängen imstande ist? Die Frage gehört zu den ungeklärten, ungelösten. Weil nämlich in der ungeheuren Fülle der oberflächlichen, nur auf Prunk und Sensation eingestellten Erzeugnisse der Filmindustrie die wenigen wahrhaft künstlerisch abgeleiteten Filme so sehr verfließen und so schnell vergessen werden, daß man vor dem — das Wort sei gestattet — Lärm der Meinungen ihre Stimme verliert. Und doch haben wir bereits eine ganz beträchtliche Anzahl deutscher Filmkammerspiele. Paul Wegeners Film „Der Student von Prag“, dann der „Golem“, auch der „Räuberzahl“ gehören dazu, und Carl Mayer's „Caligari“, desselben Autors „Hinterbühne“ in der Inszenierung durch den Intendanten des Berliner Staatstheaters Leopold Jessner; nicht minder einige Filme des auf künstlerische Linie bedachten Richard Oswald. Es ist daher von höchstem Interesse, daß am 23. Februar in den Richard-Oswald-Bildspielen in Berlin eine deutsche Kammerfilmwoche beginnt, in der alle Filmkammerspiele in der Reihenfolge ihrer Entstehung und soweit sie mit gutem Gewissen als Kammerfilme bezeichnet werden können, gezeigt werden. Man wird aus dieser Woche erfahren, wie weit die reine, von Zugeständnissen unabhängige Filmkunst gediehen ist und wird erleben, daß eine ganze Reihe von Firmen im Film mehr als das Geschick, daß sie in ihm einen neuen Weg zur Kunst gesucht hat.

Europas Schiedsrichter — geographische Nichtswisser. Professor Wibe Hort hielt vor kurzem in London einen Vortrag über die Neugestaltung der Landkarte Europas. Dabei nahm er Gelegenheit, einige erdgeschichtliche Anekdoten zum Besten zu geben, die von der schier ungläublichen Unkenntnis der Sachverständigen, die sich bei den Ententeberatungen in der Rolle dilettierender Diplomaten geseien, beredete Kunde geben. So erzählte er, daß beispielsweise eine englische Persönlichkeit von hohem Rang im Laufe einer Konferenz der Alliierten den italienischen Delegierten allen Ernstes geraten hatte, in großem Maßstabe Bananen nach England zu exportieren, um dadurch den Stand des Wechselkurses zu heben. Ein anderer dicker Mann ließ sich nicht anstehen, daß Danzja am Mitteländischen Meer liegt. Eins der Mitglieder der englischen Kommission in Oberschlesien war, wie Professor Hort berichtet, zu diesem Amt auf Grund seiner guten Kenntnis der türkischen und griechischen Sprache ernannt worden. „Man nahm wohl an“, erklärte der Vortragende, „daß Oberschlesien in Kleinasien liege.“

Der Burgtheaterdirektor Wildgans, dessen Amtswürdigkeit sich schon öfter zeigte, hat jetzt sein definitives Nachrückgeluch eingereicht. Die Hoffnungen, die an seine Berufung vor einem Jahre geknüpft wurden, haben sich nicht erfüllt. Der inneren und äußeren Schwierigkeiten vermochte er nicht Herr zu werden.

Vorlesungen. Max Preis hat am 24. Februar, 8 Uhr, im Saal der Seemannsunterstützung von Franz Koll mit Ernst Wenzel aus eigenen Beuten. — Ernst Hillner hat am 24. Februar, 7 Uhr, sein Drama „Ofermann“ im Kulgebäude der Universität in einer Veranstaltung der „Gehe-Versehung“ vor.

Siedlung und Fahrpreis.

Eine Profesterversammlung.

Die Kleingärtner und Siedler von Berlin und Vororten hatten sich gestern in der Brauerei Friedrichshagen zu einer Profesterversammlung zusammengefunden, die sich im besonderen gegen die Erhöhung der Fahrpreise wandte. Die Versammlung soll der Lusthaft einer großzügigen Bewegung sein.

Der Hauptredner, Genosse Albrecht, führte u. a. folgendes aus: Durch die neuen Fahrpreise würden diejenigen, die aus der Großstadt hinausziehen wollten, an ihrem Vorhaben gehindert. Die Siedler aber würden in die überfülltesten Städte zurückgedrängt. Billige Fahrpreise nach den Vororten fördern die Siedlungsaktivität. Durch die jetzigen Preise wird der Druck ausgelöst, die Siedlung in möglichst Nähe der Stadt zu legen. Dadurch entsteht aber der nicht gutzubehaltende Zustand, daß die Siedlung die Kleingärten und Laubkolonien frucht. Diese werden sehr schon der Bodenspekulation ausgeliefert. Für den Profestor der Großstadt ist jedoch die Beschäftigung in der Kleingartenwirtschaft ein vorzügliches Mittel, sich gesund zu erhalten. Dennoch sind diese Parzellen rechtlich nur vorübergehende Erscheinungen. Nach den noch geltenden veralteten Bebauungsplänen verfallen sie der späteren Bebauung. Ein Wegentwurf über Bodenvorratwirtschaft existiert zwar, doch reagieren die Behörden nicht darauf. Die Verkehrsunternehmen haben der Gesamtwirtschaft zu dienen. Ein gesundes Wohnungs- und Siedlungswesen muß betrieben werden. Es ist ein Übel, wenn Siedler Bebauungen aufkaufen, um damit Budek zu treiben. Das Innengebiet muß den Innenstadtbewohnern für Kleingärten reserviert bleiben, die Siedlungen aber müssen möglichst weit hinausgesetzt werden. Die Kleingärten sind, ihre ernährungswirtschaftliche Seite soll nicht übersehen werden, auf jeden Fall unentbehrliche Mittel der Ernährung. Dann erbob der Vortragende die Vorwürfe gegen den Siedlungsdirektor für Groß-Berlin, weil man ihm nachsagt, daß er kein besonderer Freund der Kleingartenkolonien sei. Der zweite Redner Kamrowski behandelte auf Grund von Statistiken die Wohnungsfrage, die eigentlich stets eine Verkehrsfrage sei. Zur Bekämpfung der Tuberkulose gebrauchen wir Licht und Luft. Ein gesundes Siedlungs- und Kleingartenwesen ist unbedingte Notwendigkeit. Wenn keine Vertreter öffentlicher Körperschaften in der Versammlung anwesend seien, so sei das bedauerlich. Aber die Kleingärtner und Siedler dürften nicht schweigen, sie müßten überall ihre Stimme erheben lassen. Die nachfolgenden Redner sprachen sich alle im Sinne der Borredner aus. Interessant waren einige Angaben über die Wirkungen der erhöhten Fahrpreise. So verkäufte ein in Verneuchen wohnender Mann mit zwei erwachsene Kindern jährlich 7000 bis 8000 M. und die fünfköpfige Familie eines Kleingärtners täglich 20 M.

Die Versammlung nahm einstimmig eine Resolution an, in der Stellung gegen die Fahrpreise genommen wird, ferner werden die Forderungen aufgestellt nach Milderung des Mietkalamitärechts, Schaffung von Kleingärten und Ausbau des öffentlichen Verkehrswezens.

Blutaten eines Fabrikbesizers.

Ein Portier erschossen, eine Frau verletzt.

Gestern nachmittag wurde in Grünheide der Fabrikbesitzer Pautsch verhaftet, der den Portier seiner Villa, Georg Magnus, erschossen und seine Aufwärterin Frau Walter lebensgefährlich verletzt hatte. Die Leihere hat im Kreisrichtershaus Kallberge-Rüdersdorf Aufnahme gefunden. Der Mord soll ein Streit vorangegangen sein, in dessen Verlauf Pautsch den Portier erschoss. Der Streit wurde im Keller in der Wohnung des Portiers fortgesetzt. Die Aufwärterin, die dort zu tun hatte, weil die Wasserversorgung eingezogen war, hörte, wie der Portier sagte: „Die Ohrfeige wird Ihnen teuer zu stehen kommen.“ Kurz darauf fielen zwei Schüsse, die Magnus töteten. Die Frau, die zu Hilfe eilen wollte, wurde von dem Fabrikbesitzer ohne weiteres niedergeschossen. Pautsch kümmerte sich nicht weiter um die Verletzten und ging ruhig in seine Wohnung. Bald darauf rief er den Arzt, um sich verbinden zu lassen. Er hatte sich selbst einen Schuß in den Oberarm beigebracht, um so einen Ratwehraft vorzutäuschen zu können.

Es scheint, als ob das Beispiel derer von Raehne Schule zu machen beginnt.

Ein mißglückter Bankswindel.

Zwei Schupoleute und ein Bankbeamter verhaftet.

Bei dem Versuch, durch einen Bankswindel sich in den Besitz von 650 000 M. zu setzen, wurden ein Bankbeamter Karl Lese, der Wachtmeister Erich Replin und der Sanitätswachtmeister Ehrhardt Schmidt von der Schupolizei verhaftet.

Lese, der bei einer hiesigen größeren Bank beschäftigt war, hatte dort aus der eingegangenen Korrespondenz Briefbogen und Umhänge einer schlesischen Aktiengesellschaft entwendet, die er von dem Sanitätswachtmeister Schmidt, der ein geübter Zeichner ist, nachahmen ließ. Dann wurde ein Schreiben gefälscht, nach dem diese Gesellschaft den Auftrag erteilt, an einen Ingenieur Stör in Leipzig eine Summe von 650 000 M. auszuzahlen. Als die Schriftstücke auch noch mit den notwendigen Unterschriften versehen worden waren, schwangelte es Lese unter die eingegangene Korrespondenz. Bei der Bank stellte sich jedoch heraus, daß noch eine Unterschrift fehlte und bei deren Einholung stellte sich der Schwindel heraus. Die Kriminalpolizei nahm in Leipzig den „Ingenieur Stör“ fest, als er den Betrag erheben wollte. Es war der Wachtmeister Replin, der den Auftrag hatte, das Geld in Empfang zu nehmen. Die weiteren Ermittlungen in Berlin ergaben die Beteiligung des Bankbeamten Lese und des Sanitätswachtmeisters Schmidt. Alle drei sind gefänglich. Die Ermittlungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen, da durch eine andere Fälschung bei derselben Bank für sich in Hamburg 150 000 M. zur Auszahlung gelangten und der Verdacht besteht, daß die Verhafteten auch dabei ihre Hand im Spiel gehabt haben.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in der nächsten Woche zwei Sitzungen, eine außerordentliche am Dienstag um 5 Uhr, und eine ordentliche am Donnerstag um 5 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen wieder 82 Verhandlungsgegenstände, darunter eine Reihe Dringlichkeitsanträge. Manche von diesen wurden schon vor vielen Wochen, ja vor mehreren Monaten eingereicht, mußten aber wegen der in der Stadtverordnetenversammlung üblich gewordenen Zeitverdrängung immer wieder unerledigt bleiben und dann immer wieder auf die nächste Tagesordnung gesetzt werden. Die ältesten Reste sind Dringlichkeitsanträge, die am 21. November und am 22. November eingereicht wurden und jetzt bereits Anlaß zu einem dreimonatigen Jubiläum ihrer Nichterledigung geben könnten. Der jüngste Dringlichkeitsantrag betrifft den Gemeindegartenarbeiterfreilich und fordert Einstellung aller, die noch nicht wieder eingestellt sind.

Kartoffelernte. In der Woche vom 20.—26. Februar gibt das Ernährungsamt Berlin Brot als Kartoffelernte, und zwar in der Menge von 1 1/4 Pfund aus. Die Abgabe erfolgt auf die untere Hälfte des mit einer großen Zahl bezeichneten Abschnittes 21 der Lebensmittelkarte. Das Publikum wird erneut gebeten, darauf zu achten, daß der Rest der Karte zwecks späterer Verwendung in seiner Hand verbleibt.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend. Veränderlich. Überwiegend trübe mit niederkühlen Niederschlägen und ziemlich frühen westlichen Winden. Temperatur etwas über dem Gefrierpunkt.

Gegen den Freischützen von Pehow.

Die Forderungen der bedrohten Bevölkerung.

Dem Aufruf des Gewerkschaftskartells nach Glinow zur Profesterversammlung gegen den Schießheiden von Pehow leistete gestern der größte Teil der durch den Liebermut der Familie v. Raehne auf Pehow schon lange bedrohten Bevölkerung der Umgegend von Pehow Folge. Viele Hunderte füllten die Räume der Wirtschaft Albrecht in Glinow bis auf den letzten Platz. Daher wurde eine Parallelsammlung notwendig. Die Redner betonten die moralisch-rechtliche und politische Tragweite des letzten Totschusses, dessen Opfer der Arbeiter Nietert in Glinow geworden ist. In rechtlicher Hinsicht kennzeichneten sie die noch immer vorhandenen Unterschiede in der strafrechtlichen Behandlung einzelner Rechtsverächter, denen man nicht rasch und wirksam genug beizukommen wisse, während man den stumpfen Staatsbürger ohne Federlesen der Strenge des Gesetzes oft zu rasch überantwortet. Die Verwaltungsbehörden seien nicht schuldig, da sie den Freischützen von Schmielomsee noch immer nicht die Handhabung der Waffen zu verwehren wagten. Bei alledem fände sich die rechtsgerichtete Presse bereit, entweder mit stillschweigender darüber hinwegzugehen oder Schuldige zu entschuldigen. Mit allem Nachdruck forderten die Redner eine Reform der Justiz an Haupt und Gliedern und die Anwendung fühlbarer Strafen gegen die Willkür solcher Herrennaturen. Mit der Forderung, das Mittelalter der märkischen Heiden endlich durch Einflüsse der Kultur zu befeitigen, schlossen die Redner. In der Aussprache fand die Empörung spontanen Ausdruck. Es wurde der Ruf nach Selbsthilfe laut, und die Redner boten ihren ganzen Einfluß auf, vor eigenmächtiger Justiz und Unbesonnenheit zu warnen, zumal es bekannt wurde, daß in dem mit Waffen reich versorgten Schlosse Pehow sich frühere Offiziere eingenistet haben sollen. Die Empörung wuchs durch die Andeutung eines seit Mai 1921 zurückliegenden Vorfalles (auf den wir weiter unten zurückkommen), der ein Menschenleben gekostet hat und durch die unbegreifliche Tatenlosigkeit der Potsdamer Staatsanwaltschaft noch nicht aufgeklärt ist. Es wurde einstimmig folgende

Entschließung

angenommen:

Die Einwohnerschaft von Werder, Glinow, Göhlsdorf, Böhm, Blesow, Blesendorf, Kaputh, Ferch, Kamrade, Mittelbusch, Neue Schleiße hat sich in öffentlicher Versammlung am 19. Februar 1922 mit den Schießereien derer von Raehne auf Pehow beschäftigt. Die Bevölkerung der genannten Orte ist so lange dort an Leib und Leben bedroht, als nicht die Familie v. Raehne sowie ihre Angestellten restlos entwaffnet und jeder ausreichende Schutz gegen die Raubritterjustiz derer v. Raehne geschaffen ist. Im einzelnen richtet die Bevölkerung an die preussische Regierung folgende Forderungen:

Erhebung der Anklage auf Vordurchsuchung und ausreichende Bestrafung des Karl v. Raehne (Vater);

Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Oberstaatsanwalt in Potsdam wegen Begünstigung;

Einleitung von Disziplinarverfahren gegen die Beamten der Sicherheitsbehörden, insbesondere gegen den für Pehow zuständigen Amtsvorsteher und den Landrat des Kreises wegen Befähigung der Waffenschneide.

Die Versammlungsteilnehmer formierten sich zu einem Demonstrationszuge, der sich auf dem Marktplatz in Werder aufstellte.

Kein Haftbefehl gegen Raehne.

Das Amtsgericht Werder „ertwägt“.

Am Sonntag ist durch verschiedene Besucher auf Schloß Pehow festgestellt worden, daß Herr v. Raehne nicht in Haft genommen war, sondern sich der Freiheit in seinen luxuriösen Räumen erfreute. Auch bis Montag mittag ist ein Haftbefehl gegen v. Raehne noch nicht ergangen.

Von zuständiger Stelle erfahren wir hierzu folgendes: Das Gesuchen des Generalstaatsanwalts beim Kammergericht um beschleunigte Entschließung über den Haftantrag ist Sonnabend ergangen. Nach den Mitteilungen des Generalstaatsanwalts hält aber das Amtsgericht Werder weitere Erhebung und Erwägung für notwendig, ehe es über den Haftantrag entscheidet. Von der Mitteilung eines hiesigen Mittagsblattes, daß Herr v. Raehne angeblich wegen Krankheit vernehmungsunfähig wäre, ist an zuständiger Stelle nicht das mindeste bekannt. Die Aussetzung eines Haftbefehls wegen Krankheit des zu Inhaftierenden könne auch nicht in Frage kommen, da ein Haftbefehl eben noch gar nicht vorliegt.

Sollte Herr v. Raehne im entscheidenden Moment „erkranken“, so würde uns das nicht weiter wundernehmen. Diese Taktik hoher und höchster Herrschaften ist man gewohnt. Je wider sie es vorher getrieben haben, desto zarter und anfälliger werden sie vom Moment der gerichtlichen Verfolgung ab. Kraftstrotzende Urjunker wandeln sich in bleichlächtige Baskische, sobald die Gerichtsverhandlung droht. Vielmehr interessiert uns hier das Amtsgericht Werder, das sich im Vollgefühl der richterlichen Unabsehbarkeit auch von einem Generalstaatsanwalt beim Kammergericht nicht imponieren läßt. Vielleicht dämmert es jetzt selbst bürgerlichen Kreisen, daß unsere Justiz reformbedürftig ist.

Ein Leichensfund im Pehower Park.

Eine der lose stehenden Kugeln aus dem Munitionsvorrat des Geschlechtes v. Raehne, die jetzt wieder den Arbeiter Nietert niedergestreckt hat, führt die Erinnerung auf ein geheimnisvolles ungesühntes Verbrechen zurück, für das jetzt der Vater des Opfers, das von unbekannter Hand innerhalb des v. Raehneischen Besitzes im Mai v. J. getötet wurde, von den verantwortlichen Stellen Rechenschaft fordert. Die Deffentlichkeit erfuhr bisher davon nichts, weil die Fahndungsbehörde über den Schuldigen auch bislang nichts erfahren konnte, denn sie hat sich keine übertriebene Mühe mit dem Fall gemacht.

Am 2. Mai, gegen 6 Uhr abends, begab sich der Lebensrahe, am 3. Februar 1905 geborene Sohn Otto des Obstzüchters Laaje aus dem Elternhause — Gellow, Potsdamerstr. 52 — nach Pehow. Die Eltern vermuteten, er wolle Pehow besuchen und dabei das von Raehne an den Vater verpachtete Grundstück betreten. Der Sohn kam nicht wieder. Die Eltern des Vermissten setzten alle Welt in Bewegung, um Nachricht von dem Sohne zu erlangen. Widerspruchsvollen Gerüchten wurde nachgegangen — der Sohn blieb verschollen. Weitum wußte man von dem Verschwinden des Jungen, der an seinem letzten Tage noch Einkäufe gemacht hatte, um sich für Pfingsten fein herauszurufen. Am 30. Juli ließ Herr v. Raehne dem Vathe bestellen, in der Heide sei eine Leiche gefunden worden mit grauer Hose, braunem Jackett und Schirmmütze, vielleicht sei das sein Sohn! Der bekürzte Vater begab sich zu v. Raehne, der verschwie, er sei jetzt von dem Verschwinden des Jungen gehört zu haben. Herr v. Raehne machte dem Vater klar, daß sich sein Sohn das Leben genommen habe, denn „bei Revolven liegt man dabel“. Der Vater wies diese Ansicht zurück. Begleitet von Herrn v. Raehne fuhr er mit seinem zweiten Sohne Walter an die Stelle, wo man den Toten aufgefunden hatte. Der Entdecker sollte der Gutsinspektor gewesen sein. Ueber diesen Mann war v. Raehne sehr unwillig. „Was hat der dort zu suchen, was tut der überhaupt dort?“ In den Tannen, etwa 10 Minuten vom Schlosse Pehow und 2 Minuten vom Försterhause ab, lag ein Skelett. Daneben die Reste einer Mütze und ein Revolver. Wieder kam Herr v. Raehne auf den „Selbstmord“. „Ja, der hat sich das Leben genommen, der Revolver liegt ja noch da, sehen Sie nach, ob daraus geschossen ist!“ Der Vater, der an der Kleidung die Ueberreste seines Kindes erkannt hat, protestierte gegen jeden Versuch, den Besud anzutasten. v. Raehne erbot sich, in der Angelegenheit behüßlich zu sein und den Amtsvorsteher Dr. Diebel in Werder anzurufen, der aber auch seinen anderen Bescheid geben könne, als daß sich der Junge erschossen habe. Der könne nichts weiter tun, als das zu bestätigen und die Leiche zur Beerdigung freigeben! Obfrüchter Laaje wandte sich an demselben Tage, geplagt von allerlei Vermutungen, an den Landjägermeister Diedike, dem er seinen Verdacht aussprach, daß der Verschollene das Opfer eines Verbrechens geworden sei. Als Diedike den Amtsvorsteher anrief, war gerade eine telefonische Verständigung zwischen ihm und dem Herrn v. Raehne im Gange. Der Amtsvorsteher hatte sich bereit erklärt, sofort zu Herrn v. Raehne zu kommen. Der Landjägermeister erklärte, daß er die Sache in die Hand nehme und um 9 1/2 Uhr auf dem Rittergute Pehow sein werde. Der Landjägermeister gab sofort sein Urteil dahin ab: „Der Sohn ist hier nicht gestorben wo er liegt, der ist erst hierher geschleppt worden!“ Man hob dann den Revolver auf — prüfte ihn — und siehe, er war geladert. Aus der Trommel fehlten vier Kugeln, eine geladene Patrone saß darin, der Sicherungsstift mußte erst beim Schmied aus dem Laufe gezogen werden! Herr Hauptmann v. Raehne, der dabei sein mußte, verfuhr klar zu machen, daß der Stift nur ein bißchen drin stehe! Am 1. August erteilte eine Gerichtskommission mit einem Photographen, der Arzt konnte die Todesursache nicht mehr feststellen, da keine Fleischteile mehr vorhanden gewesen sind. Der Schädel war unversehrt. Das Trilobit auf der Brustseite ebenfalls! Am nächsten Tage suchte der Vater abermals die Stelle auf und fand im Humus eine deformierte Kugel, die nicht zum Kaliber des Revolvers paßte. Die Leiche des Selbstmörders wurde zur Beerdigung freigegeben und bestattet.

Am 20. August bestellte man den Vater zum ersten Male zur Staatsanwaltschaft. Er gab dort seinen Verdacht zu Protokoll. Bon ihm wollte man Beweise haben. Er reiste die Auslösung einer Belohnung an und es verging Zeit, viel Zeit, bis am 24. November 1921 unter 8. J. 999, 21 der Oberstaatsanwalt — in Vertretung Raafchen — mit Bleistift an den Vater schreiben ließ:

„In der Ermittlungsangelegenheit betreffend den Tod Ihres Sohnes haben die Ermittlungen zur Aufklärung bisher leider nicht geführt. Wenn man, wie Sie meinen, annimmt, daß derselbe einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist — was allerdings nicht von der Hand zu weisen ist —, so haben die Ermittlungen zu einer Entdeckung des Täters nicht geführt. Insbesondere hat Ihr Verdacht gegen den Rittergutsbesitzer von Raehne, Vater und Sohn, keine ausreichende Befestigung gefunden. Zur Anstellung weiterer Ermittlungen fehlt es zurzeit an jeglichem Anhaltspunkte. Sollten Sie später etwas in Erfahrung bringen, was zur Ermittlung des Täters führen könnte, so ersuche ich Sie, hiervon zu den Akten 8. J. 999, 21 Mitteilung zu machen.“

Für den Staatsanwalt ist es also feststehend, daß sich der „Selbstmörder“ auf Raehneischem Gelände mit einem geladerten Revolver erschossen kann. Der Staatsanwalt sagt selbst, daß die Annahme eines Verbrechens nicht von der Hand zu weisen ist, verfuhr aber nicht, durch Auslobung einer Prämie ein wenig die Schleier zu lüften. Konnten selbst die überaus los stehenden Augen derer von Raehnes den Staatsanwalt nicht zum Nachdenken veranlassen?

Die „Entwaffnung“ auf Pehow.

Die „Montagspost“ berichtet über den Besuch eines Mitarbeiters in Pehow. Von öffentlichem Interesse ist dabei folgende Schilderung: In dem kleinen Zimmer des Gutsinspektors liegen überall Waffen umher. „Sehen Sie“, so sagt der Inspektor, „wie ich bewaffnet. Wir wissen, daß man in der ganzen Umgegend nach dem Leben unseres Herrn trachtet. Aber es wird ihnen, wenn sie kommen sollten, doch schwer werden, auf Pehow einzudringen.“ Dieser kühne Strategie von Inspektor ist ein Hauptmann Hellwig. Es ist sehr interessant, wie man in Pehow schon nach weiterem Blutvergießen trachtet, indem man sich „bedroht“ fühlt. Ein einfaches Verfahren: Man knallt zunächst ein Dutzend Reus ab. Dann hat man von selber das Recht, ein weiteres Dutzend abzumakeln, weil man „bedroht“ ist. Werden nun endlich die zuständigen Zivilbehörden das Waffenarsenal in Schloß Pehow einzuliechen, ehe weiteres Unheil angerichtet ist?

Ein Niesenschmuggelprozech.

Von der Kriminalpolizei wurde im vergangenen Herbst ein großer Benzolniesenschmuggel aufgedeckt. In riesigen Mengen war Betriebsstoff von und nach Deutschland, Holland und Frankreich geschmuggelt worden. Das Reich ist um Millionen betrogen worden. In die Angelegenheit waren nicht nur zahlreiche Personen im Industriegebiet, so in Essen, Bochum, Wattencheid, Dortmund, Düsseldorf verwickelt, sondern auch im besetzten Gebiet. Darunter befanden sich auch Angehörige der Ententeländer. Es war beabsichtigt, diesen Niesenschmuggel vor dem Landgericht in Bochum zu verhandeln. Mit Rücksicht auf internationale Schwierigkeiten hat man davon Abstand nehmen müssen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

- 2. Kreis. Friedrichshagen, Montag, den 20. Februar, 7 Uhr, erweiterte Kreiserversammlung bei Schinder, Müddersdorfer Str. 3.
- 3. Kreis. Friedrichshagen, Elternversammlung am Dienstag, den 21. Februar, abends 7 Uhr, in den Verkaufsstellen des Eltern-Bezirks: Walter Brande, Dr. Ziemerlein und Lehrer Pommer, Thema: „Religiöse, konfessionelle oder Gemeindefreie“. Eltern erziehen im Kolben. Die Elternbeiträge der Freien Schulpflichtigen.
- 4. Kreis. Kreuzauer Berg, Dienstag, den 21. Februar, 8 Uhr, bei Holz, Stenzlauer Allee 109, höchst wichtige Kreis- und Gabelungsvereinskonferenz. Jede Abteilung muß vertreten sein.

Heute, Montag, den 20. Februar:

- 8. Abt. 7 1/2 Uhr bei Blum, Planufer 75/76; Begrüßungsfeierung.
- Morgen, Dienstag, den 21. Februar:
- 9. Kreis. Wilmersdorf, abends 7 1/2 Uhr erweiterte Kreiserversammlung bei Hiebel, Friedr. des Willenhörner, Erlaubnis dringend notwendig.
- 10. Abt. 7 Uhr bei Rauchen, Gellower Str. 62; Wichtige Funktionärkonferenz. Alle Funktionäre müssen erscheinen.
- 11. Kreis. Wilmersdorf, Montag, Freitag, 7 1/2 Uhr in der Schule, Berliner Str. 11; Frauenabend. Fortsetzung des Kurzes über: „Das neue Parteiprogramm“. Referentin: Genossin Todenbogen.

Sandregen in Italien. In Salerno ging während einiger Stunden ein Regen von sehr feinem, fast unsichtbarem Sande nieder. Die Luft hatte eine bräunliche Färbung. Die Einwohner beeilten sich in das Innere der Häuser zu kommen, denn die Luft war nicht einzuatmen. Man nimmt an, daß der Wind, der von der Seeher her kam, den Sand aus der Sahara mitgeführt hat.

